Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 169. Donnerstag, 23. Juli 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 5 mm breite, 1 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige, die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen – hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die außenpolitische Aussprache im Reichstag.

vdz. Berlin, 22. Juli 1925.

Am Regierungstische: Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Justizminister Dr. Frenken.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Einziger Gegenstand ist die **außenpolitische Aussprache**, die mit verschiedenen Ergänzungsetats verbunden ist.

Außenminister Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er erinnert einleitend an seine Reichstagsrede vom 18. Mai und an die **Erörterung der Sicherheitsfrage.** Er habe die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dieser Frage damals dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen, so erklärt der Außenminister, haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Der Minister verweist dann auf die Absendung des deutschen Memorandums und auf seine Beantwortung durch die französische Note, die im Auswärtigen Ausschuß ausführlich erörtert worden ist.

Dr. Stresemann verweist weiter auf die **deutsche Antwortnote**, deren Absendung beschleunigt erfolgt ist. Das ist, so erklärt er, ein Beweis für unseren **aufrichtigen Willen, das Friedenswerk zu fördern.** In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem einzugehen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte das Problem weitergebracht werden. Das **Ziel der Erörterungen ist der Pakt mit Deutschland.** Welche Mächte sich im einzelnen vielleicht noch weiter daran beteiligen ist noch nicht zu übersehen. Den Kernpunkt des angestrebten Vertragswerkes bildet der westliche Garantiepakt.

Dazu kommt der Ausbau des Systems der **Schiedsgerichtsverträge.** Wichtige maßgebende Einzelpunkte sind noch ungeklärt, darunter besonders die Ausgestaltung des Sicherheitspaktes im einzelnen, die Schiedsgerichtsverträge und die **Stellung Deutschlands zum Völkerbund.** Ungeklärt ist auch das Verhältnis des Sicherheitspaktes zu den Bestimmungen des **Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens.**

Wir hoffen, daß unsere sachliche Kritik wesentlich zur Klärung der Dinge beitragen wird. Die Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden, und wir dürfen uns der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem **positiven Ergebnis** zu gelangen. In dieser Hoffnung bestärkt uns die bedeutungsvolle Tatsache der **Räumung des Ruhrgebietes noch vor dem vertragsmäßigen Termin. Mit Genugtuung muß festgestellt werden, daß die französische und belgische Regierung damit ihren guten Willen gezeigt haben.** (Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Sie haben sich in ihrer Entscheidung auch nicht stören lassen durch die krampfhafte Beweisführung des Grafen Reventlow, der nachweisen wollte, daß der grundlegende französische Text die Besatzungsmächte lediglich verpflichtete, nach dem 16. August mit der Räumung fortzuschreiten, und daß durch eine falsche Uebersetzung des Auswärtigen Amtes die deutsche Oeffentlichkeit darüber getäuscht worden sei. Solche Aeußerungen sind in einer Zeit, wo die Regierung ihre ganzen Anstrengungen auf die Sicherung der Räumung richtet, vom Standpunkt der Wahrung der nationalen Interessen unerträglich. (Lebh. Beifall bei den Regierungsparteien. Zwischenrufe und Lärm bei den Völkischen, Abg. Dietrich-Franken (Völk.) erhält einen Ordnungsruf.)

Es sind Zweifel aufgetaucht, ob nun die **Räumung der Sanktionsstädte** ebenfalls erfolgen wird. Ich habe niemals daran gezweifelt, daß die Alliierten ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in dieser Beziehung erfüllen werden, und bin überzeugt, daß auch die Sanktionsstädte demnächst geräumt werden. (Zwischenrufe bei den Völkischen.) Es kann sein, daß es Gruppen in diesem Hause gibt, die in der Räumung überhaupt eine unerfreuliche Handlung erblicken. (Lebh. Beifall bei den Regierungspart.)

Der Minister stellt fest, daß nach London ein starker Zustand der Entspannung der öffentlichen Meinung festzustellen war. Aber die Nichträumung der nördlichen Rheinlandzone, die am 10. Januar erfolgen sollte, hat diese Entspannung wieder zurücktreten lassen. (Zustimmung.) Selbst die noch offenen Restpunkte der Entwaffnungsnote boten keinen Grund für die weitere Besetzung der Rheinlandzone. Die Reichsregierung hat niemals einen Zweifel daran gelassen, daß sie die unsäglich schweren seelisch drückenden Verpflichtungen der Entwaffnungsbestimmungen vertragsmäßig zu erfüllen bereit war. Wir können aber nicht über das hinaus leisten, was im Versailler Vertrage niedergelegt ist. Das ist die selbstverständliche Grenze. **Der Versailler Vertrag darf nicht auf die Dauer einseitiger Auslegung von einer Vertragsseite unterworfen sein.** (Lebh. Zustimmung.)

Die **Alliierten** werden mit uns auch darin einig sein, daß diese schwebenden Probleme vorher oder wenigstens gleichzeitig mit dem Abschluß des großen Friedensvertragswerkes bereinigt werden müssen. Bei der Erledigung des großen **Sicherheitspaktwerkes** wird es an unserm guten Willen nicht fehlen. Wir dürfen bestimmt annehmen, daß er auch auf der Gegenseite vorhanden sein wird. Dann wird die richtige Basis vorhanden sein. Es ist schon jetzt wohl mit Sicherheit anzunehmen, daß die **Fortführung der Verhandlungen über den Sicherheitspakt erfolgt.**

Dr. Stresemann erinnert an die **Rede Chamberlains**, der von einem Wendepunkt von historischer Bedeutung hinsichtlich der Sicherheitsfrage sprach. **Man habe manchmal die Empfindung, als ob einzelne Persönlichkeiten glauben, daß es sich hier um einen blitzartigen Einfall handele,** der in die Weltöffentlichkeit geschleudert wurde. Diese **Sicherheitsfrage** schwebte aber schon seit Jahren zwischen Frankreich und den Alliierten und soll jetzt zwischen Frankreich und uns zur Erledigung kommen. Alle Besetzungen, alle Gewaltmaßnahmen wurden immer begründet mit dem einen Gesichtspunkt des bedrohten Frankreichs, das Anspruch auf erhöhte Sicherheit hätte. Wäre es gelungen, diese Frage früher zu lösen, so hätten sich die Verträge Frankreichs mit Polen und der Tschechoslowakei erübrigt.

Der Außenminister verweist dann auf die **große Bedeutung des Sicherheitspaktes gerade für das Rheinland.** Er zitiert eine Rede Poincarés vom Ende des Jahres 1923, in der dieser unverhüllt der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Separatisten im Rheinlande Erfolg haben würden, und daß eine Loslösung des Rheinlandes vom Reiche zu erhoffen wäre. (Lebh. hört! hört!) Daher auch die große Bedeutung des Sicherheitspaktes für das Rheinland, für sein Verbleiben bei Deutschland. (Zustimmung.)

Ich gehöre nicht zu denjenigen, die von der Fortsetzung des **Währungsverfalls in Frankreich** Vorteile für Deutschland erhoffen. Auch glaube ich nicht, daß die Großmachtsstellung Frankreichs durch **Verwicklungen in Marokko** irgendwie erschüttert werden kann. Nicht da liegen die Probleme. Nicht nur wir, sondern weite Kreise Europas haben Interesse daran, daß sich **alle Weltmächte für den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Europas einsetzen.**

Mit der Politik der Sanktionen und dem Weiterbestehen des gegenseitigen Mißtrauens kann dieser Wiederaufbau nicht durchgeführt werden. **Deutschland hat eine Friedensoffensive großen Stils begonnen.** Der Wunsch der Reichsregierung geht dahin, daß diese Bestrebungen zu günstigem Erfolge führen. (Lebh. Beifall b. d. Regierungsparteien.)

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

begründet darauf die **sozialdemokratische Interpellation zur außenpolitischen Lage.** Es habe lange gedauert, bis der Reichstag zu dieser Erörterung Gelegenheit erhalten habe. Eine Schädigung der diplomatischen Verhandlungen könnte ebensogut durch die nachträgliche Besprechung erfolgen. Volk und Volksvertreter müssen über die Absichten der Regierung unterrichtet werden. Bevor sie unwiderrufliche Wirklichkeit geworden sind. Die Notwendigkeit der außenpolitischen Aussprache habe sich besonders durch die Auslegung der deutschen Außenpolitik seitens der maßgebenden Regierungspartei, besonders des Grafen Westarp, ergeben.

Der Redner erklärt, seine Fraktion habe keine Veranlassung, dieser Regierung, die die Zollvorlage vertrete, mit Vertrauen gegenüberzutreten. Der Redner behandelt dann die allgemeine europäische Lage und glaubt feststellen zu können, daß nach dem furchtbaren Erleben des Weltkrieges der Wille zur Verständigung sich endlich zeige, daß man nicht mit Rüstungen, sondern mit Verträgen weiterkommen wolle. (Lachen rechts und Zurufe: Marokko!) Der Redner erklärt weiter, daß die Sozialdemokratie den Schritt, den die deutsche Regierung mit dem Memorandum getan habe, billige. (Gelächter der Kommunisten und Rufe: Heil Luther! — Heiterkeit.) Der Sicherheitspakt sei nichts anderes als die von der Sozialdemokratie vertretene Erfüllungspolitik. Die Sozialdemokratie habe daher keinen Anlaß, grundsätzlich die Haltung der Regierung in dieser Frage abzulehnen. (Hört! hört! bei den Kommunisten.) Der Sicherheitspakt gehe noch über die Rathenaupolitik hinaus. Bezeichnend ist, daß in einer völkischen Versammlung bei dieser Feststellung der Zwischenruf fiel: Lebt Herr Stresemann noch? Alle Schuld rächt sich auf Erden. (Heiterkeit.)

Der Redner begrüßt die Räumung des Ruhrgebiets und nennt die deutsche Arbeiterschaft die beste Hüterin der deutschen Republik. Dem deutschen Angebot stimmt er zu. (Abg. Höllein [Komm.]: Mein Liebchen, was willst Du noch mehr!) — Wenn Graf Westarp vor vier Wochen sagte, der Verzicht auf Elsaß-Lothringen sei für seine Partei unannehmbar: nun, hier sei der Verzicht! (Lebh. Widerspruch rechts.)

Der Redner fordert den schleunigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Das Kabinett Luther habe einen Januskopf: mit einem Blick schaue es in die Zukunft, mit dem andern in die Vergangenheit. Auf der einen Seite baue es mit an dem stolzen Gebäude der vereinigten Staaten von Europa, auf der andern häufe es Hindernisse auf Hindernisse. So entstehe eine zwiespältige Politik, die nur langsam von Kompromiß zu Kompromiß führe. Die Sozialdemokratie werde für einen gradlinigen Weg sorgen. (Beifall der Sozialisten.)

Abg. Graf Westarp (Dnatl.)

betont, das außenpolitische Interesse des Landes fordere, daß die Reichsregierung für ihren Schritt eine möglichst breite und innerlich starke parlamentarische Grundlage erhalte. Die französische Note habe die Grenzen der deutschen Anregungen weit überschritten und eine vollständig neue Sachlage geschaffen. Es sei deshalb weder nötig noch liege es im Interesse der auswärtigen Politik, auf den Streit über die Anregungen des Auswärtigen Amts vom Februar dieses Jahres noch einmal einzugehen. Auf diesen Streit der Vergangenheit beziehe sich auch der Mißtrauensantrag der Völkischen, der deshalb überholt sei und von seiner Fraktion abgelehnt werde. In gleicher Weise sei die sozialdemokratische Interpellation überholt.

Die **Antwortnote der deutschen Regierung**, fährt der Redner fort, enthält die Politik des Gesamtkabinetts, der auch wir zustimmen können. Selbstverständlich können in einer Koalition nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden. In der Hauptsache trifft die Note aber das Richtige, indem sie die **wichtigsten Vorfragen und Bedenken klar und zutreffend erörtert.**

Gewiß hegen wir lebhafte Zweifel und Sorgen, ob auf dem durch die französische Note eingeschlagenen Wege der Frieden der Welt wirklich gefördert wird. Gleichwohl sind wir aber ernstlich gewillt, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, und wir lehnen die im Notenwechsel behandelten Gedanken keineswegs grundsätzlich und vorbehaltlich ab. Wir sind mit der deutschen Antwort auch in den Teilen einverstanden, die den ernsten Willen Deutschlands betonen, auf dem eingeschlagenen Wege fortzuschreiten.

Der Redner erörtert dann die Einzelheiten der deutschen Note und betont die **Forderung der Räumung der Ruhr und der Sanktionsstädte**, deren Aufnahme in die Note seine Fraktion gewünscht hätte. Die zurückgezogenen Truppen dürften nicht etwa andere Teile des besetzten Gebiets verlegt werden. Dies würde einen neuen Rechtsbruch und eine unerträgliche Verschärfung der Last bedeuten. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Der Redner dankt der befreiten deutschen Bevölkerung für Heldentum und Treue. Im Verhältnis zum Ausland sei die Räumung nichts anderes als die Beseitigung eines Unrechts. Genau so liege es mit den anderen klaren Rechtsansprüchen **Deutschlands im Saargebiet, in der Entwaffnungsfrage, der Luftnote und der Frage der Räumung der Kölner Zone.** (Zustimmung rechts.) Die Rückwirkung auf die Verhältnisse im besetzten Gebiet und auf die Frage der Besetzung, von der in unserer Note die Rede sei, müsse bereits bei den Verhandlungen über die abzuschließenden Verträge in Kraft treten. Zu den Pfändern, die Frankreich mit der Besetzung in der Hand habe, könnten nicht noch neue Zusatzgarantien gegeben werden. Es sei keine Regelung möglich, die nicht dem Leiden und der Knechtschaft am Rhein und Saar ein Ende mache. (Beifall rechts.)

Ein weiteres Gebiet von Zweifeln sei in der Frage der **Schiedsverträge** vorhanden. Es bestehe auch keine Lösungsmöglichkeit, ohne daß Artikel 16 der Völkerbundssatzung außer Kraft gesetzt wird. Auch die Frage der **Entwaffnungskontrolle** hätte in der Note aufgenommen werden müssen. Nur ein klares und unzweideutiges festes und würdiges Betonen der deutschen Forderungen ist der einzige Weg, der uns Achtung erringt und vorwärts bringt. In diesem Sinne **stimmen wir der Note zu.** (Beifall rechts.)

Abg. Raas (Zentr.)

betont, daß mit aller Energie an der **Kontinuität der deutschen Außenpolitik festgehalten werden müsse,** die entscheidend für die Haltung des Zentrums gegenüber der Reichsregierung sei. Die Note werde dieser Kontinuität durchaus gerecht. Das Memorandum vom 9. Februar sei eine private Doktorarbeit Dr. Stresemanns gewesen. (Zurufe links: Schiele!) Auch Herr Schiele gehört heute im weitgehenden Maße zu den Gläubigen. (Heiterkeit.) Aktivität und Offensivgeist sind wir der Bewohnerschaft der besetzten Gebiete schuldig. In diesem Geiste sehen wir die deutsche Note an, deren Form und Inhalt wir billigen. Das deutsche Angebot ist eine Friedensoffensive ersten Ranges. Wir hoffen, daß auch Belgien einmal sich mit einer Revision des Diktats betr. Eupen-Malmedy einverstanden erklären werde. Anders liegen die Verhältnisse hinsichtlich Elsaß-Lothringens. Im ganzen genommen ist daher das Angebot ein Friedensschritt, der seinesgleichen in der Geschichte nicht hat.

Eine Reihe wichtiger Punkte findet leider in der Note keine Erwägung und muß bei den folgenden Verhandlungen desto gründlicher erörtert werden. Besonders muß den Wünschen des Rheinlandes größte Beachtung geschenkt werden.

Der alte Geist des Mißtrauens scheint im Schwinden und ein neuer Geist der Verständigung ist im Werden. Die Räumung des Ruhrgebiets und der Sanktionsstädte wirkt im Geiste der Völkerversöhnung. Ein gleichberechtigtes Deutschland wird einem wiedererstarkten, befriedeten Europa auch wirtschaftlich den Weg bereiten.

Eingegangen ist ein

Mißtrauensantrag der völkischen Fraktion,

der dem **Außenminister Dr. Stresemann das Vertrauen entziehen will.**

Abg. Dr. Curtius (DVp.)

erklärt, daß man alle diese Anträge und Interpellationen für erledigt erklären könne und müsse, da man über den innerpolitischen Streit der letzten Wochen zur Tagesordnung übergehen wolle. Der Redner erklärt das **Einverständnis seiner Fraktion mit der deutschen Antwortnote.** Den Ausdruck aller unserer Gefühle, so fährt er fort, wollen wir hierbei unterdrücken. Es wird noch lange dauern, bis wir wieder freien Herzens einer deutschen Außenpolitik zustimmen können. (Beifall.)

Der völkerrechtswidrige französische Ruhreinbruch sei gescheitert an dem Widerstande der treuen deutschen Bevölkerung. Deutschland könne Schadenersatzansprüche geltend machen. Frankreich befinde sich in einer Angriffspsychose; demgegenüber müssen wir dafür sorgen, daß der **Sicherheitspakt nicht gegen** Deutschland, sondern **mit** Deutschland gemacht wird. Bis jetzt sind wir als Objekt der Alliierten noch immer vogelfrei. Wir erwarten von Frankreich noch immer vergeblich einen Verzicht auf die Sanktionspolitik. Wir treiben in der Sicherheitsfrage vor allem deutsche Politik, aber sie stimmt überein mit der europäischen Politik. Ein europäischer Brand kann auch uns mittreffen. **Dem amerikanischen Kapital haben wir für seine Hilfe zu danken, aber wir bedürfen noch eines Betriebskapitals, das wir uns**

SLUB
Wir führen Wissen.